

als „kirchlich engagiert“ (S. 1) definiert, was insofern fragwürdig erscheint als sich ja auch Döllinger und andere Infallibilitätsgegner kirchlich engagieren wollten. Die Qualität besonderer Kirchlichkeit darf hier aber nicht einseitig zuerkannt werden. Der Verfasser wirbt geradezu um Verständnis für das Verhalten der „Ultramontanen“ vor dem Konzil, als diese im Widerspruch zu Döllinger die Konsequenzen der evtl. Konzilsbeschlüsse für das Staat-Kirche-Verhältnis gering einschätzten, bzw. herunterspielten. Bisher war es dagegen in der einschlägigen Literatur üblich, gerade umgekehrt für die Haltung der antiinfallibilistischen Konzilsteilnehmer bzw. ihrer Berater um Verständnis zu werben. Fragen wird man bezüglich der Vorstellungen des Verfassers von der Funktion der öffentlichen Meinung in der Kirche anbringen können. Soll sie wirklich nur „aus einer vom Geiste Gottes getragenen Belebung des Glaubens und der Liebe“ (S. 4) hervorgehen, oder darf sie nicht auch um der Sache willen mit sehr scharfer Klinge streiten? Gerade das aber hat Döllinger getan: Er hat die Gefahren, die er in dem bevorstehenden Konzil sah und nach dem *Civiltà*-Artikel auch sehen durfte, provokatorisch überzeichnet und dadurch wiederum entsprechende Gegenstimmen herausgefordert. Die vorkonziliare Diskussion ist offenbar, so unerfreulich ihr Ton auch oft war, doch nicht vergebens geführt worden. Es bleibt freilich zu betonen, daß die amtliche Informationssperre über die vorbereitenden und eigentlichen Konzilsarbeiten die entscheidende Voraussetzung, ja Ursache von Döllingers fragwürdigem Journalismus gewesen ist.

Brandmüllers Buch bildet eine Bereicherung der Konzilsgeschichtsschreibung und eine anregende Lektüre. Erwin Gatz

ERWIN GATZ: *Akten zur preußischen Kirchenpolitik in den Bistümern Gnesen-Posen, Kulm und Ermland 1885–1914*. Aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe A, 21). – Mainz: Grünewald-Verlag 1977.

Die preußische Kirchenpolitik in den katholischen Bistümern Gnesen-Posen, Kulm und Ermland war in der im zu besprechenden Werk behandelten Epoche Teil einer Unterdrückungspolitik, die sich gegen wesentliche Interessen der dortigen polnischen Bevölkerung richtete. Um den rückläufigen deutschen Bevölkerungsanteil zu stärken und den polnischen zu schwächen, setzte die Kirchenpolitik vor allem bei der innerkirchlichen Personalpolitik und der Sprachenfrage in Religionsunterricht und Gemeindegemeinschaft an.

Zu den verschiedenen staatlichen und kirchlichen Stellen, die mit dieser Auseinandersetzung befaßt waren, gehört in eminenter Weise die Reichskanzlei bzw. das Außenministerium, was sich entsprechend in den Akten des Auswärtigen Amtes niederschlug. Aus dessen Politischen Archiv stellt Verf. in dem hier anzuzeigenden Quellenband eine hochinteressante Aus-

wahl von insgesamt 143 Aktenstücken aus den Jahren 1885 bis 1915 zusammen. In der Hauptsache handelt es sich um die Depeschenwechsel der Reichskanzler bzw. Außenminister von Bismarck bis Bethmann Hollweg mit den preußischen Gesandten beim Heiligen Stuhl und um Schriftstücke aus dem Verkehr der Regierung mit den Oberpräsidenten von Posen, Westpreußen und Ostpreußen. Nur wenige Dokumente stammen von kirchlichen Persönlichkeiten, etwa von dem Breslauer Fürstbischof Georg Kopp, den Erzbischöfen von Gnesen-Posen oder von kurialer Seite. Alle Akten hat Verf. übersichtlich ediert und erschlossen durch Register, Quellen- und Literaturhinweise sowie Biogramme zu den erwähnten Personen aus deutschen und polnischen Quellen, z. T. aus den schwer zugänglichen Diözesanschematismen. In einer Einleitung von fast 70 Seiten führt Verf. in die Thematik der edierten Akten ein und wertet dabei, z. T. durch Zitate und wörtliche Auszüge, weitere rund 300 Dokumente aus und erhöht damit noch den Quellenwert dieser Auswahl.

Die Polenpolitik Bismarcks erreichte 1885/1886 einen Höhepunkt, als 26 000 nichtpreußische Staatsbürger (Polen und Juden) ausgewiesen wurden und das Ansiedlungsgesetz von 1886 verstärkt Deutsche in die polnischen Gebiete bringen sollte. Polnisch als Unterrichts- und Verwaltungssprache hatte man schon vorher ausgeschaltet. Im Zuge der Beendigung des Kulturkampfes erreichte die Regierung, daß Leo XIII. 1886 den Ostpreußen Julius Dinder (1830–1890) zum Erzbischof von Gnesen und Posen und den Westpreußen Leo Redner (1828–1898) zum Bischof von Kulm ernannte. Mit dem Ende der harten Polenpolitik Bismarcks konnte unter der relativ konzilianteren Ära Reichskanzler Caprivis im Jahre 1891 für Gnesen-Posen ein polnischer Erzbischof ernannt werden, Florian v. Stablewski (1841 bis 1906). Nach dessen Tod sorgte die Regierung für eine jahrelange Sedisvakanz, weil die Polenpolitik der Nachfolger Caprivis wieder schärfer wurde, begleitet auch von dem jetzt aggressiveren Auftreten des Ostmarken-Vereins. Erst unter dem Eindruck des Krieges kam es 1914 und 1915 zur Ernennung von polnischen Erzbischöfen in Gnesen-Posen, um die polnischen Katholiken für die Kriegsziele Deutschlands zu gewinnen. Daß schon 1901 das Bistum Ermland den „polonisierenden“ Ostpreußen Eduard Herrmann (1836–1916) als Weihbischof erhielt, lag an der Festigkeit der römischen Kurie (Kardinal Rampolla) und an der staatskirchenrechtlichen Regelung in Preußen, die für Weihbischofe kein staatliches Einverständnis vorsah.

Die Vertreter der preußischen Interessen hatten richtig erkannt, daß die demokratischen und national-polnischen Bestrebungen eine Gefahr für die Monarchie und Preußens Herrschaft in den polnischen Gebieten waren. Die kontinuierliche Förderung der deutschen Sprache und die Benachteiligung des Polnischen waren ein wichtiges Herrschaftsinstrument zur Abwendung dieser Gefahr. Die Personalpolitik war ihrerseits Teil und Faktor der Sprachenfrage. Daß klerikale Kreise diesen sozialen und nationalen Konflikt

konfessionalisierten, war nicht neu und schuf neue Fronten. So etwa die Klage der Posener Dekane über die preußische Regierung, die durch die Einführung der deutschen Sprache „die Polen lutheranisieren“ wolle (S. 59). Aber gerade durch die Konfessionalisierung gerieten die katholischen Bischöfe deutscher und polnischer Nationalität in unlösbare Widersprüche: als Ultramontane waren sie natürlich Gegner von Lutheranisierung, Demokratie (Erzbischof Stablewski 1896: „der sozialistischen Agitation“ S. 165) und nationalpolnischer Bewegung, dagegen „in Treue der Monarchie und dem rechtmäßigen Thron“ (ebd.) verbunden. Mit diesem ideologischen Gepäck wurden die katholischen Würdenträger letztlich erpressbar durch die preußische Regierung, in den vorliegenden Akten am besten bezeugt für zwei Erzbischöfe von Gnesen-Posen, den Deutschen J. Dinder und den Polen F. Stablewski. Beider Verdienste hebt Verf. gegenüber umlaufenden Kritiken hervor, im Falle Dinder u. a. mit dem Hinweis auf das sehr negative Urteil, das Fürstbischof Kopp und Bismarck über diesen seeleneifrigen Erzbischof fällten: er sei, obschon patriotischer Deutscher, zu nachgiebig gegenüber seiner polnischen Umgebung und damit als Bischof unfähig. In diesem Zusammenhang gibt Bismarck übrigens seinem Herzen freien Lauf und bemerkt, „ein unfähiger Deutscher (als Bischof. H. Sch.) sei aber immer noch besser als ein fähiger Pole“ (S. 105; vgl. S. 103). In dieser Perspektive erhält das Gerangel um die Bischofsernennungen und die vorbereitende Auswahl der Domkapitulare eine gewisse Logik. „Während der preußischen Zeit hat in Posen nicht eine einzige freie Erzbischofswahl stattgefunden“ (S. LXXIII), weil die Regierung eine solche Wahl behinderte oder weil der Papst das Wahlrecht der Kapitel suspendierte.

Die Berichte der preußischen Gesandtschaft in Rom (beim Heiligen Stuhl) verlieren nach der Zeit Kurd von Schölzers (1822–1894) auffallend an Qualität und Informationsgehalt. Daß in der vorliegenden Auswahl Berichte zu bestimmten römisch-polnischen Episoden fehlen, ist so überraschend, daß man an irgendwelche Lücken denkt. So erwähnt keiner der abgedruckten Gesandtschaftsberichte das Schreiben Pius' X. vom 3. Dezember 1905 an die Bischöfe im zaristischen Polen über die Gefahr der revolutionären Bewegungen und über die Pflicht, Ruhe und Ordnung zu wahren. Zwar deutete Preußens Kultusminister v. Studt dieses päpstliche Dokument als Beweis der Interessengleichheit von Staat und Kirche bei der Beseitigung der nationalpolnischen Aktivität des Klerus aus (vgl. S. 223), aber eine Meldung oder Hintergrundinformation von seiten der Gesandtschaft fehlt kurioserweise. Auch findet man keine Berichte zur vergleichbaren Politik der übrigen Teilungsmächte, d. h. aus Petersburg und aus Wien, und die preußische Gesandtschaft in Rom war offenbar so isoliert, daß sie nichts erfuhr über russische und österreichische Reisende und Diplomaten im Kontakt mit dem Vatikan. Bei besserem Informationsstand hätte die Gesandtschaft es sicher nicht versäumt, ein vom russischen Vertreter in Rom,

Schilling, kolportiertes Wort Pius' X. über den Sprachenstreit in Preußisch-Polen zu melden: „Schon wieder diese Polen! Sie sind vor allem Polen und dann wiederum Polen und zum dritten Mal Polen und erst dann Katholiken“ (Bericht Schillings an den Petersburger Außenminister v. 1. Okt. 1907, zit. in: *E. Winter*, Rußland und das Papsttum II [Berlin 1961] S. 525).

Zum Thema Auswanderung der Polen in die deutschen Provinzen, sei es als Saisonarbeiter („Schnitter“), sei es als Fabrikarbeiter ins rheinische und westfälische Industriegebiet, wissen die Diplomatenberichte auch nichts, selbst nicht zu dem Zeitpunkt, als die nach Deutschland emigrierten Polen auf ihrer Delegiertenkonferenz in Winterswyk, Holland, 1913 eine Resolution an den Papst richteten und die Fuldaer Bischofskonferenz beschäftigten (vgl. hierzu einschließlich der kirchlichen Betreuung der Polen in westdeutschen Kriegsgefangenenlagern im I. Weltkrieg: *H. J. Brandt*, Das Kloster der Redemptoristen in Bochum und die Polenseelsorge im westfälischen Industriegebiet 1883–1918, in: *Spicilegium Historicum Congregationis SSmi Redemptoris* 23 [Rom 1975] 131–205). Für die italienischen Einwanderer erlaubten die preußischen Behörden Gottesdienste und kirchliche Betreuung in italienischer Sprache, für die zahlenmäßig weit stärkere polnische Immigration gab es nur Verbote und Widerstände von seiten der Behörden bis hin zu den Vereinsgründungen und zur kirchlichen Betreuung; vor allem ließ man keine polnischen Geistlichen zu, auch nicht aus Westpreußen und Posen. In den vom Verf. veröffentlichten Akten kommt diese Wanderung nur nebenher zur Sprache, u. a. in einem zynischen Argument des Kultusministers v. Studt: in den polnischen Provinzen müsse der Religionsunterricht auch dazu in deutscher Sprache erteilt werden, damit die Polen bei Abwanderung „an dem geordneten Gottesdienste und religiösen Leben teilnehmen können“ (S. 232), zumal nicht genügend Priester in Deutschland die polnische Sprache beherrschten. Der Sprachkolonialismus im Osten und die Restriktionen im Westen werden also geschickt getarnt als Einwanderungshilfe auch im kirchlichen Interesse: „Solange also die polnischen Arbeiter zu Tausenden in die deutschen Provinzen ziehen, um die dortigen höheren Löhne und die bessere Lebenshaltung zu genießen, erfordert es ebensowohl das staatliche wie das kirchliche Interesse, daß sie auch in kirchlichen Dingen in der deutschen Sprache einigermaßen unterrichtet sind“ (v. Studt, S. 233).

Keine Darstellung der preußischen Kirchenpolitik und der Polenpolitik in den Provinzen Westpreußen und Posen wird diesen bedeutsamen Quellenband übersehen dürfen.

Herman H. Schwedt

NORBERT TRIPPEN: *Theologie und Lebramt im Konflikt*. Die kirchlichen Maßnahmen gegen den Modernismus im Jahre 1907 und ihre Auswirkungen in Deutschland. – Freiburg–Basel–Wien: Herder 1977. 424 Seiten.